Nr. 14 Dezember 2013

GEW aktiv

Informationen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Marburg - Biedenkopf

Einigungsstelle beim HKM lehnt Zwangsversetzung ab

Petition: Keine Zwangsversetzung von Förderschul-lehrkräften!

22 Förderschullehrerinnen und -lehrer haben ihrer Versetzung an ein BFZ widersprochen. Der Widerspruch wurde im Kultusministerium am 29.11.13 in der Einigungsstelle verhandelt:

22 Förderschullehrerinnen und -lehrer haben ihrer Versetzung an ein BFZ widersprochen. Der Widerspruch wurde im Kultusministerium am 29.11.13 in der Einigungsstelle verhandelt:

Eine Einigungsstelle muss dann eingerichtet werden, wenn zwischen Personalräten und der Dienststelle (hier: HKM) keine Einigung erzielt werden kann.

Der Gesamtpersonalrat und der Hauptpersonalrat beim Kultusministerium hatten die zwangsweise Versetzung der 22 betroffenen Förderschullehrkräfte abgelehnt. Staatliches Schulamt und Kultusministerium wollen zwecks „Steuerung der sonderpädagogischen Ressourcen“ alle Förderschullehrkräfte einem BFZ zuordnen und dann je nach Bedarf an Regelschulen rückabordnen (Wir berichteten in unserer letzten Aus-

Fortsetzung nächste Seite

In dieser Ausgabe:

Betriebliches Eingliederungsmanagment 3
Gesamtpersonalrat 4
Deutscher Personalrätepreis 5
GEW Mitgliederehrung 6-8
Marburger Bildungsaufruf 10
Mobile Vertretungsreserve 11
Schwarzbuch Inklusion 12
Jürgens Senf zu Schwarz-Grün 12

Der Petitionsausschus des Hessischen Landtages hat inzwischen den Eingang der Petitionen offziell bestätigt. Sie werden geführt unter:
>>> Petition Nr. 05161/18
Keine Zwangsversetzung von Förderschullehrkräften !

gabe GEW-aktiv Nr.13: Versetzung wider Willen: 30 von 37 Betroffenen legen gegen ihre Zwangsversetzung Widerspruch ein).

Von der Absicht der Versetzung wurden betroffene Förderschullehrkräfte, die gewählte Personalräte sind, rückwirkend ausgenommen, denn sie haben nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz besondere Schutzrechte.

Von Seiten der Personalräte wurde bestritten, dass es für diese Versetzungen eine gesetzliche Grundlage gibt (§53-2 HSchG) . Um den Prozess der Inklusion voranzutreiben, ist es wichtig, die Kolleginnen und Kollegen mitzunehmen und nicht mit juristischen und dienstlichen Machtmitteln gegen sie zu hantieren. Im Zeitalter einer digitalen Erfassung der Lehrkräfte und Schüler/innen in einer zentralen Datei (LUSD) müsste es doch möglich sein, den Bedarf an besonderer Unterstützung durch Förderschullehrkräfte zu ermitteln und zu steuern, ohne dass eine Zwangsversetzung an ein BFZ mit anschließender Rück-Abordnung an eine oder zwei Einsatzschulen notwendig wird. Entscheidend für die Planungen für ein kommendes Schuljahr sind aus Personalratssicht die so genannten Bilanzierungsgespräche. BFZ und Schulleitungen setzen sich lange vor einem neuen Schuljahr zusammen und ermitteln passgenau für die jeweilige Schule den Bedarf an Förderschulunterstützung (ob dieser dann auch gedeckt werden kann, steht auf einem anderen Blatt !!!).

Weiter argumentierten die Personalräte, dass bereits positive „inklusive" Strukturen, wie sie auf der Basis des Konzepts für den Gemeinsamen Unterricht z.B. an der Gesamtschule Richtsberg lange erfolgreich praktiziert wurden, zerschlagen würden.

Diesen Argumenten konnten und wollten sich die Vertreter des Kultusministeriums im gesamten Verfahren nicht anschließen.

Die Einigungsstelle folgte in ihrer Entscheidung dann der Argumentation des HKM nicht und lehnte die Versetzungen ab.

Dieser Beschluss der Einigungsstelle muss mit einer Begründung an die oberste Dienstbehörde weitergeleitet werden und hat empfehlenden Charakter.

Aktuell steht die Frage im Raum, ob sich eine auf gepackten Koffern sitzende und nach Berlin als FDP-Generalsekretärin abreisende Ministerin dieser Angelegenheit noch stellt?

Petition an den Hessischen Landtag

Nr. 05161/18

Das gesamte Kollegium der MPS Dauthpetal, der Personalrat und die Schulleitung haben sich in einem Brief an die Kultusministerin gewandt (siehe Kasten: Sehr geehrte Frau Ministerin). Sie begründen gut nachvollziehbar, warum sie die Zwangsversetzung ihrer beiden Förderschullehrerinnen ablehnen. Sie bitten die Ministerin dem Votum der Einigungsstelle zu folgen!

Da schwer einzuschätzen ist, wie die noch amtierende Ministerin mit dem Beschluss der Einigungsstelle umgeht, haben zwei Kolleginnen der MPS Dautphetal zusätzlich eine Petition an den Hessischen Landtag die Zwangsversetzungen initiiert, um ihr Anliegen zur parlamentarischen Beschlusssache zu machen. (siehe Kasten: Petition Keine Zwangsversetzung von Förderschullehrkräften).

Inzwischen haben sich weitere betroffene Kolleginnen und Kollegen der Petition angeschlossen, andere sind noch in der Diskussion, ob sie auch diesen Schritt gehen werden. Man kann sich jederzeit der Petition noch anschließen (siehe Kasten unten).

Von einer Zwangsversetzung betroffene Kolleginnen und Kollegen können sich dieser Petition anschließen.

Der Gesamtpersonalrat hat inzwischen diese Petition einstimmig unterstützt und die heimischen Landtagsabgeordneten gebeten, sich für die Petitionen stark zu machen.

Eine Entscheidung sollte erst durch eine neue Landesregierung vorgenommen werden, "… da sie einen endgültigen und wohl unumkehrbaren Eingriff in eine wesentliche Personalangelegenheit von Lehrerinnen und Lehrern darstellt".

Protestbrief ans HKM:

Betr.: Versetzung von Förderschullehrkräften

Sehr geehrte Frau Ministerin,

zwei unserer langjährigen Lehrkräfte sollen im Rahmen der Neuorganisation für die inklusive Beschulung an das BFZ Burgbergschule versetzt werden.
Wir bitten Sie, dem Vorschlag der Einigungsstelle, die den Antrag der Dienststelle auf Versetzung der Kolleginnen mehrheitlich abgelehnt hat, zu folgen.
Wir sind eine Grund- Haupt- und Realschule mit Förderstufe und Vorklasse. Zur Zeit besuchen etwas mehr als sechshundert Schüler die MPS Dautphetal, davon etwa 20 % mit Migrationshintergrund. Aufgrund dieser hohen Schülerzahl und der daraus resultierenden Stundenzuweisung ist der langfristige förderpädagogische Einsatz an unserer Schule für beide Kolleginnen voll umfänglich gesichert.
Frau (...) gehört seit fast 33 Jahren, Frau (...) seit 17 Jahren zu unserem Kollegium. In dieser Zeit ist es ihnen sehr gut gelungen, die Brücke zwischen Regelunterricht und sonderpädagogischer Fördermaßnahmen zu schlagen. Die beiden Kolleginnen waren selbst lange in den Regelunterricht eingebunden, haben Klassen geführt und kennen unsere Schule. Sie sind für uns jederzeit ansprechbar (weil immer präsent) und unterstützen unsere Arbeit mit fachkundigem Rat.
Wir befürworten das Prinzip der Inklusion sowie die enge Anbindung an das BFZ. Wir sind überzeugt, dass deren Gelingen vor allem abhängig ist von Fachkompetenz und guter Kommunikation.
Aus diesem Grund ist aus Sicht der Schulleitung, des Personalrates und des Kollegiums (siehe S. 2 dieses Schreibens) eine Versetzung an das BFZ überflüssig. Deshalb bitten wir Sie, die beiden Förderschullehrerinnen an unserer Schule zu belassen.

Mit freundlichen Grüßen

Personalrat der MPS Dautphetal
T. Klein, V. Donges, S. Weigel

Lange krank und dann wieder zurück in der Schule:

Ein betriebliches Eingliederungs-managment (BEM) soll dabei helfen

Ein Interview mit der Personalrätin Eva Hahn (Elisabethschule Marburg)

GEW-aktiv: Wie hat sich der Personalrat eurer Schule nach der BEM-Dienstvereinbarung der Sache angenommen?

Eva Hahn: Wir haben nach Erhalt der Dienstvereinbarung in einer Personalratsitzung zunächst intern über die Chancen dieses Verfahrens gesprochen. Ebenso haben wir das Verfahren nach möglichen Risiken für die Betroffenen durchforstet. Wir haben seinerzeit die BEM-Vereinbarung positiv bewertet. So wie das Verfahren angelegt ist, bietet es das Forum, im Interesse der Betroffenen innerschulische Möglichkeiten auszuloten, die einen Wiedereinstieg nach einer längeren Krankheitsphase erleichtern. Die Beteiligung des Personalrats im Integrationsausschuss stellt einen Schutz dar, dass die Eingliederungsgespräche nicht zur Disziplinierung erkrankter KollegInnen missbraucht werden.

In der folgenden gemeinsamen Personalratssitzung wurde der Integrationsausschuss mit dem Schulleiter institutionalisiert, die Dienstvereinbarung am Personalratsbrett ausgehängt und in einer Personalversammlung bekannt gemacht und diskutiert.

GEW-aktiv: Was hat sich mit der Einführung vom BEM für die am Prozess Beteiligten und die Schule verändert?

Eva Hahn: Auch vor der Dienstvereinbarung wurde durch Schulleiter und Personalrat versucht, erkrankte KollegInnen zu unterstützen. Die Veränderung ist meiner Meinung nach darin zu sehen, dass im BEM-Gespräch festgelegte Maßnahmen eine hohe Verbindlichkeit haben. Dies verhindert, dass nach der Rückkehr der KollegInnen zu schnell wieder die reibungslose Organisation des Schulbetriebs die Oberhand gewinnt und der Schutz der KollegInnen vor Überforderung in den Hintergrund gedrängt wird. Mit den Vereinbarungen wird ein Anspruch festgehalten, keine Bitte oder ein Wunsch geäußert. Falls von den Festlegungen abgewichen werden soll oder muss, kann dies nur im Einvernehmen mit den Betroffenen geschehen.

GEW-aktiv: Wie schätzt du deine Arbeitsbelastung als am Beratungsprozess teilnehmende Personalrätin ein?

Eva Hahn: Zum Glück sind ja nicht so viele KollegInnen ernsthafter oder länger erkrankt. Daher fallen nicht so viele Termine für den Integrationsausschuss an - im vergangenen Zeitraum zwei bis vier Gespräche pro Schuljahr. Dazu kommen Gespräche im Vorfeld mit den KollegInnen und auch mit dem Schulleiter.

Eva Hahn

GEW-aktiv: Wie haben Betroffene auf das BEM-Verfahren reagiert bzw. reagieren sie?

Eva Hahn: An unserer Schule haben mit einer Ausnahme alle KollegInnen das Gesprächsangebot angenommen. Es gab im Einzelfall Bedenken, ob ein solches Gespräch nicht eventuell negative Auswirkungen haben könnte, z.B. auf Beurteilungen oder Aufstiegschancen. Die Gesprächssituation wurde als angenehm und hilfreich empfunden. Die festgelegten Maßnahmen wurden mit den Betroffenen entwickelt, im Protokoll festgehalten und weitergegeben. Wenn Schwierigkeiten mit der Umsetzung auftraten, haben sich die Betroffenen wieder an den Integrationsausschuss gewandt und es wurde sofort reagiert.

GEW-aktiv: Was wünscht du dir für die weitere Entwicklung des BEM-Verfahrens an deiner Schule?

Eva Hahn: Der Aspekt der Prävention aus der Dienstvereinbarung ist bisher nicht mit Leben gefüllt. Hieran muss in der nächsten Zeit verstärkt gearbeitet werden. Es gilt, die Spielräume zu finden und zu nutzen, die die Gesundheit und die Arbeitszufriedenheit der KollegInnen fördern, bevor Erkrankungen auftreten.

GEW-aktiv: Welche Tipps hast du für Schulen, die noch keine Erfahrungen mit BEM haben?

Eva Hahn: Dass immer dasselbe Personalratsmitglied im Integrationsausschuss ist, scheint mir sinnvoll zu sein. Dadurch kann auf Erfahrungen aus früheren Gesprächen einfacher zurückgegriffen werden.

Den Gesprächen im Vorfeld kommt große Bedeutung zu. Sie erhöhen die Akzeptanz des Verfahrens bei den Betroffenen. Sie senken die Hemmschwelle, sich in die Gespräche zu begeben und die individuellen Belastungen und Ängste offen zu legen. Die schriftliche Einladung der betroffenen Lehrkraft zum BEM-Gespräch sollte nicht am Anfang des BEM-Prozesses stehen.

Rat und Hilfen bekommt man beim Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten:

Werner Wörder

Telefon: 06421 - 163820
wew@gmx.tm

Die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagment (BEM) kann man nachlesen auf:

www.gew-marburg.de

Verteilung der 4 bis 5% Mehrzuweisung zur Grundunterrichtsversorgung:

Das Kollegium hat Rechte!

Wie bereits in der letzten GEW aktiv berichtet, erfolgt seit diesem Schuljahr bei der Grundunterrichtsversorgung (Abdeckung der Stundentafel) eine Zuweisung von mindestens 104 bzw. 105 Prozent.

Enge Lehrerzimmer bieten bei Sommerhitze Vorteile!

Mit freundlicher Genehmigung von Thomas Plaßmann

Die Schulkonferenz entscheidet laut Schulgesetz (§ 129 Punkt 1) nach Vorschlag der Gesamtkonferenz über das Schulprogramm!

Da den Schulen erstmals eigene Mittel zur Verfügung gestellt werden, können erst jetzt entsprechende Überlegungen zur Verwendung dieser Mittel in den Schulprogrammen angestellt werden.

Auf der zentralen Schulleiterdienstversammlung Ende Juni 2013 in Weilburg wurden von Frau Schmidt (Abteilungsleiterin HKM) Möglichkeiten der Verteilung vorgestellt:

Orientiert am § 127b HSchG sollte folgendermaßen vorgegangen werden:

- Bestandsaufnahme (z.B. auf Grundlage Inspektionsbericht und weiterer Erkenntnisquellen)
- daraus abgeleitete Ziele
- daraus abgeleitete Mittel zum Erreichen dieser Ziele
- daraus abgeleitete Maßnahmen

Die Erhöhung der Deputate für Schulleitungs- und Verwaltungsaufgaben ergibt sich aus der Pflichtstundenverordnung § 3:

(3) Für Aufgaben von Schulleiterinnen und Schulleitern und für weitere Schulleitungsaufgaben kann aus dem Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung (...) ein zusätzliches Leiter- und Leitungsdeputat generiert werden.

(5) Die Schulleiterin oder der Schulleiter von selbstständigen Schulen (§§ 127c, 127d,127e des Schulgesetzes) kann den Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung ganz oder teilweise auf das zusätzliche Leiter- und Leitungsdeputat gemäß Abs. 3 übertragen.

(6) Die Schulleiterin oder der Schulleiter von Schulen, die nicht unter Abs. 5 fallen, kann bis zu 20 vom Hundert des Zuschlags zur Grundunterrichtsversorgung auf das zusätzliche Leiter- und Leitungsdeputat gemäß Abs. 3 übertragen. Im Einvernehmen mit der Gesamtkonferenz kann sie oder er zusätzlich zehn vom Hundert des Zuschlags zur Grundunterrichtsversorgung auf das zusätzliche Leiter- und Leitungsdeputat gemäß Abs. 3übertragen. In Schulen, die nicht unter Abs. 5 fallen, dürfen insgesamt bis zu 30 vom Hundert des Zuschlags zur Grundunterrichtsversorgung für Aufgaben von Schulleiterinnen und Schulleitern und weitere Schulleitungsaufgaben verwendet werden.

Die Schulkonferenz kann im Schulprogramm festlegen, dass die Schule die zusätzliche Stellenzuweisung ganz oder teilweise für im Schulprogramm festgelegte Vorhaben verwendet.

Beispiele für Gestaltungsmöglichkeiten

- Einrichtung kleinerer Lerngruppen
- flexible Gruppeneinteilung / gezielte Fördermaßnahmen
- Doppelbesetzungen /Team-Teaching / gegenseitige Hospitationen
- kollegiale Fallberatung
- Koordinationsstunden
- weitere Ausgestaltung des Vertretungskonzeptes
- zusätzliche Betreuungsangebote/Hausaufgabenhilfe
- Schülerberatung
- Leseförderung
- Kompensationsunterricht
- präventive Maßnahmen
- Zusätzliche Angebote im Rahmen der Begabtenförderung
- Zusätzliche Unterrichtsangebote wie Deutsch für Migranten
- Erhöhung der Deputate für Schulleitungs- und Verwaltungsaufgaben"

Weitere Informationen siehe: **www.gew-marburg.de**

„Deutscher Personalräte-Preis 2013“ Silber: Kaufmännische Schulen Marburg.
Foto: Simone Neumann

Deutscher Personalrätepreis für KSM Marburg

Der Deutsche Personalrätepreis in Silber wurde in diesem Jahr an den Personalrat der Kaufmännischen Schulen Marburg (KSM) verliehen. Für diesen Preis, der vom DGB und der Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Der Personalrat“ ausge-lobt wird, hatten sich bundesweit 53 Gremien beworben. Die Preisverleihung fand am 27.11.2013 im Rahmen des Schöneberger Forums in Berlin statt. Den Preis in Gold erhielt die Mitarbeitervertretung des Klinikums Aschaffenburg für ein Projekt zur Wissensweitergabe. Als dritter wurde Gesamtpersonalrat des Landkreises Diepholz ausgezeichnet.

Den Preis für die KSM nahmen Hille Kopp-Ruthner als Personalratsvorsitzende und ihre Kollegin Elke Eckert als GEW-Gewerkschaftsbeauftragte im Schulpersonalrat entgegen.

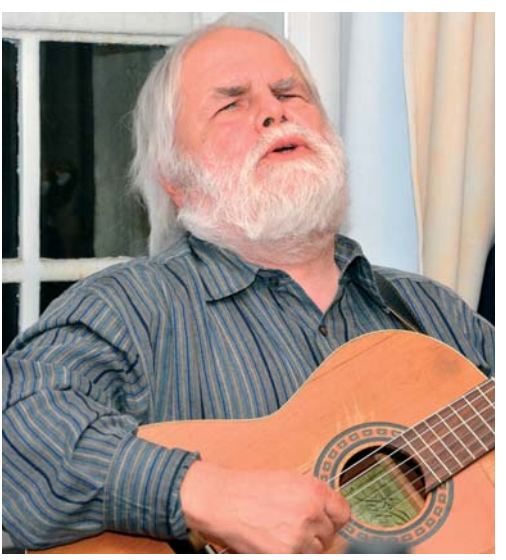
Ausgezeichnet wurde der Personalrat der KSM für seine mit der Schulleitung geschlosse-ne Dienstvereinbarung zur Aufsichts- und Vertretungsregelung (siehe ausführlichen Be-richt in der GEW aktiv Nr. 13). In der aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussion um das Thema „ständige Erreichbarkeit“ regelt die Dienstvereinbarung organisatorische Abläufe und Zuständigkeiten und bildet die Grundlage für einen von allen Seiten tragbaren Kom-promiss. Denn auch für Lehrerinnen und Lehrer gilt:

Personalrat der KSM. (v.l.n.r.) Jutta Aeckersberg (Arbeitnehmervertreterin), Simone Reinarz, Bernd Pfalzgraf (Stellvertretender Personalratsvorsitzender), Elke Eckert (Gewerkschaftsbeauftragte), Hille Kopp-Ruthner (Personalratsvorsitzende)
(Auf dem Foto fehlt Oliver Gottschlich)

Mitgliederehrung GEW Marburg-Biedenkopf 2013:

Ein musikalisch-kulinarisches Buffet

Auf einem bunten Abend in der „Bildungswerkstatt im Schwanhof“ wurden Kolleginnen und Kollegen für ihre langjährige Mitgliedschaft in der GEW geehrt. Der Marburger „King of Rock“ Rainer Husel präsentierte mit treffenden Songs zu jeder Jahreszahl der Geehrten einen Hit und trug so zu einem stimmungsvollen und lustigen Abend bei. Voll die Lacher brachte der auf you-tube eingestellte und von Rainer Husel kurzfristig eingeübte Song: „Das alles und noch viel meeeehr, kann ich machen, denn ich bin Bischoff von Limburg, yeeeeaah >>> (>>> you-tube - Tebartz von Elst).



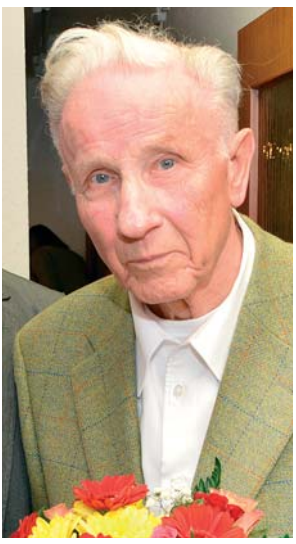
„Es ist die erste gemeinsame Mitgliederehrung nach der Fusion der beiden GEW-Kreisverbände Marburg und Biedenkopf

…und wir sind stolz, dass wir der zweitstärkste GEW-Kreisverband in Hessen geworden sind, „erläutert Hartmut Möller in seiner Begrüßung. „Es bringt aber auch eine besondere politische Verantwortung mit sich, die wir gerne als eine Herausforderung annehmen“, so Möller.

Marianne Winter und Maria Jacobsohn erinnerten mit kurzen Texten an Ereignisse der jeweiligen Jahre und überreichten Rosen und Urkunden.

Bei einem mundigen Rotwein oder gekühltem Pils und einem Buffet klang der Abend mit Gesprächen und Erinnerungen, aber auch mit Diskussionen zu aktuellen politischen Themen aus.

Ehrenmitglieder
Zu neuen Ehrenmitgliedern wurden ernannt:
Werner Crecelius (Bild links), Franz Sattler und Gertrud Tikwinski.
Das Ehrenmitglied Artur Kraft (Bild rechts) wurde für 65 Jahre Mitgliedschaft geehrt.



50 Jahre: (v.l,nr.) Eva Görkös, Ursula Zaiss, Ruth Hagemann

45 Jahre: Karl Hermann Homann (li.), Hans Christian Mika (re.)

40 Jahre: (v.l.n.r.) Steffi Wolff, Reinhold Hünlich, Kurt Faust, Heidi Pappert-Franek, Gitta Grabenhorst-Kümmel, Armin Hedwig, Jürgen Hahn-Schröder, Angelika Gerschlauer.

35 Jahre: (v.l.n.r.) Jutta Reinl, Alev Lassmann, Peter Lassmann, Rosi Bender, Manfred Laatsch, Rosemarie Vollmer, Ingo Herde, Rainer Obst, Peter-Martin Stier, Hartmut Möller.

30 Jahre: (v.l.n.r.) Dietmar Krause, Karin Kirchhoff, Wolfgang Vajen.

25 Jahre: Ursula Fleisch

Fotos: Erich Schumacher

Mitgliederehrungen des GEW Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf 2013:

Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt:
Werner Crecelius; Franz Sattler; Gertrud Tikwinski.

Wir gratulieren zur langjährigen Mitgliedschaft den Kolleginnen und Kollegen:
65 Jahre:
Kraft, Artur; Roßbach,Karl; Tikwinski, Gertrud
50 Jahre:
Györkös, Eva; Zaiss, Ursula; Hagemann, Ruth; Kluge, Dieter
45 Jahre:
Homann, Karl-Hermann; Hillig, Götz; Koch, Klaus-Uwe; Demper, Ehrhard; Mika, Hans-Christian; Pienkny, Elke; Wehrhan, Hannelore; Bussler-Grigull, Gabriele
40 Jahre:
Bernsdorff, Walter; Becker, Peter; Himmelmann, Günther; Prinz, Melsene; Fenner, Klaus; Sommer, Gert; Kümmel, Hartmut; Schauß, Werner; Werner, Wilhelm; Görg-Kramß, Brigitte; Moss, Christopher; Vinga Martins, Americo; Hünlich, Reinhold; Faust, Kurt; Pappert-Franek, Hedi; Lissner, Heidrun; Wolf, Stefanie; Alms-Hartwig, Ulrike; Gerschlauer, Angelika; Henkel, Eckhard; Kionke, Manfred; Wirtz, Günter; Bernsdorff, Helga; Grabenhorst-Kümmel, Gitta; Stock, Klaus Peter; Hahn-Schröder, Jürgen; Hedwig, Armin; Singel, Christel;
35 Jahre:
Debney, David; Herde, Ingo; Maltry, Karola; Pinther, Hubertus; Thiel, Margit; Arnold, Karl; Keck, Siegfried; Schmidt-Bernhardt, Angela; Günther, Siegmar; Langner, Bodo; Höll, Rita; Obst, Rainer; Stier, Peter-Martin; Reinl, Jutta; Lassmann, Alev; Bäumner, Hans-Werner; Diderrich, Christiane; Frühauf, Theo; Lassmann, Peter; Walther, Kristina; Blaschke, Alfred; Kaiser, Michael; Schneider, Walter; Vollmann-Wimmel, Ellen; Jahnert, Else; Schäfers-Ungruhe, Petra; Koos, Günter; Danger, Barbara; Nothdurft, Walter; Schmidt, Heinrich; Schäfer, Klaus-Ewald; Bender, Rosi; Rambow, Irene; Hofmann, Klothilde; von Hadeln, Jutta; Kraß, Joachim; Vollmer, Rosemarie; Wulfers, Wilfried; Möller, Hartmut; Laatsch, Manfred; Wehn, Friedemann
30 Jahre:
Kirchhoff, Karin; Partheil, Hildegard; Meisinger, Sigrid; Leis, Inge; Möller, Wolfram; Schneider-Mönnich, Birgitt; Kattenborn, Martina; Scheffer, Gabriele; Lieverscheidt, Waltraud; Stephan, Armin; Ciupka-Opper, Rosemarie; Vajen, Wolfgang; Borgemeister, Gabriele; Krause, Dietmar; Hinder, Helmut
25 Jahre:
Toepfer, Barbara; Sprengard, Zita; Schulte, Kersten; Schellenberger-Diederich, Erika; Tüns, Franz-Josef; Lemmer, Brigitte; Eyßer, Marion; Gerharz, Marita; Hessling-Beine, Maria; Schmitt-Reichard, Sigrun; Conradi-Pinther, Elke; Fleisch, Ursula; Debus, Ingrid; Bastian, Bärbel; Göllner, Ingo; Henninger, Annette

Rechtsberatung der GEW

Sprechzeiten in der GEW-Geschäftsstelle
Schwanallee 27 - 31
Rechtsberatung mit Doris Bunke
Nach Vereinbarung
Rechtsberatung mit Volrad Döhner
Donnerstag 20.00 - 22.00 Uhr
(jeden zweiten und vierten Donnerstag)
Rechtsberatung mit Angelika Gerschlauer
KV - Biedenkopf - Nach Vereinbarung:
06462 - 913183

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) - Bezirksverband Mittelhessen eröffnete neues Büro in Marburg

Schwanallee 27-31, 35037 Marburg
Telefon: 06421 952395, Fax: 06421 952396

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag 9:00h - 16:00 Uhr, Donnerstag 9:00h - 16:00 Uhr

Für telefonische Anfragen steht in dieser Zeit unsere Sekretärin Selma Urudag zur Verfügung.

Mehr Infos auf: www.gew-mittelhessen.de

Gewerkschafter und Freunde legen Hand an:

Renovieren, modernisieren... für eine Bildungswerkstatt „Alter Schwanhof“

Die Elektriker, Fußbodenverleger, Küchenplaner und -bauer von heimischen Firmen haben ihre Sache gut gemacht und ihre Werkzeuge verstaut und die Rechnungen geschrieben. Aber vorher und nachher war und ist noch viel zu tun: Auf einer Etage im historischen Schwanhof hat bekanntlich die GEW-Marburg-Biedenkopf mit zwei befreundeten Organisationen ihr Domizil. Mit in der „WG“ sind die Marburger Geschichtswerkstatt und Bipoli (Bildungspolitische Initiative).

Neuer Mitbewohner ist der GEW-Bezirksverband Mittelhessen, der zuvor sein Büro in Heuchelheim hatte und jetzt nach Marburg umgezogen ist. Um diesen Umzug zu realisieren war interner Büro-Ringtausch nötig, damit auch ein Sozial- und Küchenraum neu geschaffen werden konnte.

Ein Dank an dieser Stelle an unsere Freunde und Kollegen von der Marburger Geschichtswerkstatt und Bipoli für ihre Kooperationsbereitschaft und Unterstützung!

Dank an alle ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus den Reihen der GEW, - einen besonderen Dank (2 Freikarten für das Marburger Schauspiel) erhielten anlässlich der Mitgliederehrung Hille Kopp-Ruthner und Hans Braun, die die Modernisierung weiterhin federführend betreuen…es gibt noch viel zu tun!

Hans Braun und Hille-Kopp-Ruthner freuen sich über Freikarten für das Marburger Schauspiel.
Foto: Erich Schumacher

...da mache ich mit!

O ich möchte mehr Informationen über die Arbeit der GEW!

O ich möchte den newsletter der GEW Marburg!

O ich mache mit! Ich möchte GEW-Mitglied werden!

Name: _____

Anschrift: _____

Schule _____

E-mail: _____

..... bitte ausschneiden und senden an:
GEW, Schwanallee 27, 35037 Marburg
oder mail an: gew-marburg@t-online.de

Demokratisierung statt Ökonomisierung! Der Marburger Bildungsaufruf wirkt

Die Unterwerfung von immer mehr Lebensbereichen unter das Diktat der Ökonomie kommt zunehmend ins Gerede. Immer fragwürdiger wird vielen, was vor wenigen Jahren noch den meisten als unumstößliche Tatsache erschien: dass der Markt der optimale Mechanismus zur Regulierung gesellschaftlicher Prozesse sei und dass man sich seinen Gesetzen zu beugen und seinen Anforderungen anzupassen habe. Aber inzwischen kann ja auch niemand mehr die Ergebnisse dieser Unterwerfung übersehen - in Gestalt der ökonomischen, sozialen, politischen und menschlichen Krisen und Katastrophen. Selbst ein so sprödes Insiderthema wie die neoliberale Formierung des Bildungswesens ist zum Gegenstand einer kritischen öffentlichen Debatte geworden. Erwin Wagenhofers neuer Film „Alphabet", so Dietrich Kuhlbrodt in seiner Rezension in Konkret, „wendet sich manifestartig gegen die Kreativvernichtung durch PISA und die Beflissenheit, mit der das weltweit geltende wirtschaftsorientierte Bildungssystem junge Menschen zu Mitgliedern der Leistungsgesellschaft drillt - am liebsten ohne eigene Haltung."

Genau darum geht es bekanntlich auch dem Marburger Bildungsaufruf. (Die GEW aktiv berichtete; Text und Hintergrundinformation auf der Homepage der GEW Hessen: www.gew-hessen.de/index.php?id=583)

Entwickelt als Fazit und Konsequenz der Vortragsreihe „Ökonomisierung oder Demokratisierung? Was wird aus unserem Bildungswesen?" im letzten Winter in Marburg (auch darüber berichtete die GEW aktiv; Transkription sämtlicher Vorträge in Kürze auf der Homepage der GEW Hessen), reagiert er auf die immer penetrantere Ausrichtung unserer Schulen auf Marktmechanismen und Wirtschaftsinteressen, die wir seit einigen Jahren erleben - Schulzeitverkürzung (G8) zwecks „Effizienzsteigerung", Bildungsstandards, die den Unterricht verengen sollen auf das Antrainieren betrieblich verwertbarer „Kompetenzen", „selbstständige" Schulen, die „am Markt" miteinander konkurrieren. Gegen diesen neoliberalen Umbau der hessischen Schulen nimmt der Marburger Bildungsaufruf Stellung und fordert stattdessen ein Bildungswesen, in dem die jungen Menschen und ihre umfassende Bildung und Persönlichkeitsentwicklung im Vordergrund stehen, übergeordnete demokratische Bildungs- und Erziehungsziele verfolgt werden, echte Mitbestimmung und pädagogische Verantwortlichkeit und Freiheit herrschen. „Schule ist kein Wirtschaftsunternehmen! Kinder und Jugendliche sind kein ´Humankapital´!

Wir fordern deshalb eine Bildung, die nicht dem Markt, sondern der Demokratie verpflichtet ist!", so fasst der Aufruf seine Forderungen zusammen, um schließlich zu erklären: „Eine bessere Schule ist möglich!"

Der Marburger Bildungsaufruf sollte vor allem Diskussionen auslösen und so zur Meinungs- und Willensbildung unter den Kolleg_innen und in der Öffentlichkeit beitragen. Das scheint gelungen zu sein, wo es versucht wurde. Dort gab es Gespräche, Kontroversen - und viele Unterschriften. Manchmal sehr viele: Am Gymnasium Philippinum waren es innerhalb weniger Tage über 70. Gelegentlich unterschrieben offensichtlich ganze Kollegien - bis hin zur Schulleitung. Auffällig viele Förderschullehrer_innen wurden möglicherweise durch ihren geschärften pädagogischen Blick zur Unterschrift veranlasst.

Bernd Georgy (AG Bildung)

Der vollständige Artikel ist unserer Homepage veröffentlicht.

www.gew-marburg.de

Längerer Unterrichtsausfall ? Die Mobile Vertretungsreserve springt ein

Landesweit 150 Beamtenstellen, davon 14 für den Landkreis Marburg-Biedenkopf, hat die Hessische Landesregierung geschaffen, indem sie Mittel für die Wiederherstellung der Gesundheit für die „Mobile Vertretungsreserve“ umgewidmet hat. Die GEW begrüßt, dass zeitlich befristete Lehraufträge durch feste Stellen ersetzt wurden und den betroffenen Kolleginnen und Kollegen somit nach zwei Jahren Vertretungsunterricht eine feste Stelle zugesichert wird.

Die Lehrkraft, die sich für den Zeitraum von zwei Jahren verpflichtet, die Aufgaben einer Vertretungskraft wahrzunehmen, wird einer Stammschule zugeordnet, wo sie allerdings nicht mit eigenverantwortlichem Unterricht eingeplant, sondern für Doppelbesetzungen, Fördermaßnahmen etc. eingesetzt wird, bis eine Schule in ihrem Einsatzbereich Vertretungsbedarf anmeldet. Dieser Bedarf sollte langfristig, also über mindestens fünf Wochen, bestehen. Nur an Förderschulen kann die mobile Vertretungsreserve auch für kurzfristige Vertretungen herangezogen werden.

Gleichzeitig soll der Einsatz nur an lediglich zwei, in Ausnahmefällen an drei Schulen einschließlich der Stammschule erfolgen, die Lehrkraft darf in diesem Fall nicht für Pausenaufsichten eingesetzt werden. Pauschal wird in der Erprobungsphase der Lehrkraft im Schulamtsbezirk eine Fahrstunde wöchentlich zugestanden, die gegebenenfalls nachberechnet wird, eine Rückforderung ist allerdings nicht vorgesehen.

Die mobile Vertretungsreserve gibt es nur im Grund- und Förderschulbereich sowie an der Sekundarstufe I, weil es in der Natur der Sache liegt, dass verstärkt fachfremder Unterricht zu erteilen ist.

Nach zwei Jahren wird die Lehrkraft dann an einer Schule des Schulamtsbezirks übernommen, der Einsatz als mobile Vertretungsreserve gilt als Probezeit.

Hier zwei Beispiele für den Einzugsbereich mobiler Vertretungsreserven im Landkreis:

Die MVR Frohhausen bedient die Grundschulen Fronhausen, Lohra, Morshausen, Niederweimar, Hachborn, Ebsdorf, Dreihausen, Wittelsberg, Rauischholzhausen. Die MVR der Alfred-Wegener-Schule Kirchhain steht für den Einsatz an der Alfred-Wegener-Schule, an der Georg-Büchner-Schule in Stadtallendorf, an der IGS Neustadt sowie der Mittelpunktschule Wohratal zur Verfügung.

Dass die Mobile Vertretungsreserve eben nur eine Reserve ist, kann man daran erkennen, für wie viele Schulen eine MVR-Lehrkraft zuständig ist.

Katharina Denig

Impressum + Redaktion:

Impressum

Herausgeber:
GEW-Kreisverbände
Marburg und Biedenkopf
Schwanallee 27 - 31, 35037 Marburg
Telefon: 06421 - 21812
Fax: 06421 - 164532
e-mail: gew-marburg@t-online.de
Layout: Erich Schumacher
Druck: Druckhaus Marburg
Auflage: 3000

Das Redaktionsteam dieser Ausgabe

Katharina Denig, Angelika Gerschlauer
Jürgen Hahn-Schröder, Heike Hüppner
Wiltrud Lambinet-Potthoff
Hartmut Möller

Briefe an die Redaktion:

gew-aktiv@web.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW der oder der Redaktion übereinstimmen.

Schwarzbuch Inklusion

Der Verein Politik gegen Aussonderung hat mit einer Sammlung von Fällen, vor allem der Gruppe Inklusions-Beobachtung (GIB), ein Schwarzbuch Inklusion erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Gemeinsame Stellungnahme des Vereins "Politik gegen Aussonderung - Koalition für Integration und Inklusion" (>> PGA) und der "Gruppe InklusionsBeobachtung Hessen" (gib Hessen) zur völkerrechtswidrigen Situation bezüglich inklusiver Beschulung in Hessen sowie zu den Reaktionen bzw. Nicht-Reaktionen des Kultusministeriums auf das "Schwarzbuches Inklusion"

Herausgeber : Vorstand des Vereins Politik gegen Aussonderung - Koalition für Integration und Inklusion (Prof. Dr. Anne-Dore Stein, Dr. Irmtraud Schnell, Prof. Dr. Peter Rödler, Dr. Vera Affeln-Altert, Ruby Vivien Räcker, Alexander Czarnetzki)

Das Schwarzbuch Inklusion zum Herunterladen www.gib-hessen.de/...aktuelles/pga_schwarzbuch_inklusion_web.pdf_

Jürgens Senf zu Schwarz - Grün

Auch wir als eine der DGB-Gewerkschaften haben nicht nur im letzten GEW - newsletter zum Politikwechsel aufgerufen. Nachdem die Wähler/innen im Rahmen unserer parlamentarischen Demokratie entschieden haben, werden im neuen Landtag 53 Abgeordnete der alten CDU-FDP-Ära erneut vertreten sein und 57 Abgeordnete, die allesamt vor der Wahl vehement für den Wechsel eingetreten sind.

Wo ist das Problem? Sollte es nach der Wahl gar nicht um einen Politikwechsel, sondern um einen Postenwechsel gehen? Wieviel Positionsaufgabe ist erforderlich für den ersehnten Postenerhalt?

Nomen est omen - Al Wasir/der Minister? Oder werden wir jetzt das Ende der Unterfinanzierung des Hochschulwesens in Hessen und der besseren Versorgung der öffentlichen vorschulischen und schulischen Erziehung und Bildung einschließlich verbesserter Arbeitszeiten der Beschäftigen erleben?

fragt sich gespannt und verbleibt mit kollegialen Grüßen Jürgen